

Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Dresden,
Adler & Comp., Nr. 1308.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Alte Stadt.

Verlagsamt:
Adler & Comp., Dresden

Abonnementspreis einschließlich Frachtposten monatlich 22,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 66,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 35,00 M., Einzelnummer 1,00 M.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 6-spaltige Anzeilenzeile 6,00 M., Familienanzeigen 4,50 M., die 3-spaltige Anzeilenzeile 24,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabenerhöhung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefübertragung 1 M.

Nr. 114

Dresden, Mittwoch den 17. Mai 1922

33. Jahrg.

Die Transportkrise in Rußland

Die Lage des russischen Transportes ist immer noch sehr kritisch. Die Bestellungen auf Lokomotiven und verschiedene Eisenbahnmateriale, die die Sowjetregierung im Ausland, in erster Linie in Deutschland, gemacht hat, haben in keiner Weise zu einer Besserung geführt. Immer gibt sich die Sowjetregierung die größte Mühe, die Schwierigkeiten zu überwinden, doch einschließlich dieser Bemühungen zu keinem positiven Ergebnis geführt.

Ende 1921 hat die Sowjetregierung beschlossen, die Eisenbahnen in drei Gruppen nach dem Maße der technischen Fähigkeiten für den Bahnkörper und die Anlage einzuteilen. Die erste Gruppe, zu der die wichtigsten Strecken gehören, soll unter allen Umständen intakt gehalten und mit normaler Geschwindigkeit des Betriebes betrieben werden. Der zweiten und dritten Gruppe wird weniger Aufmerksamkeit geschenkt, weil die Betriebsstrecken, die zu diesen Gruppen gehören, nicht in wirtschaftlich bedeutenden Gegenden liegen.

Doch auch dieser Versuch, die Eisenbahnen in Gruppen zu unterteilen, hat nichts genützt. Im Gegenteil, die Transportkrise wird immer größer.

Indessen besteht ohne einen geordneten Transportverkehr keine Aussicht auf einen wirtschaftlichen Aufschwung. Die gegenwärtige Industriekrise, über die sich in letzter Zeit die Sowjetregierung beklagt, ist nicht nur auf die allgemeine Verarmung des Landes, sondern zum großen Teil auch auf die gestörten Transportverhältnisse zurückzuführen. Nachdem die Sowjetregierung an ihrer ursprünglichen Nationalisierungspolitik Abstand genommen hat und jetzt die Industrie nach „kapitalistischen Grundsätzen“ leitet, ist eine Erhöhung der Produktion nachzuweisen. Doch kann die Industrie ihre Erzeugnisse im Lande nicht absetzen, da die Eisenbahnen nicht in der Lage sind, die Waren weiter zu befördern. Am besten sieht man die Folgen der Transportkrise an der Tatsache, daß die notwendigen oder aus dem Ausland eingehenden Rohstoffmengen nicht zu ihren Bestimmungsplätzen gelangen können.

Seit dem neuen Wirtschaftsjahr hat sich die Produktion in dem wichtigsten Rohstoffgebiet Rußlands, dem Donetz-Becken, erhöht. Während sie noch im August 1921 dort kaum 30 Millionen Kubikmeter erreichte, hat sie im Dezember desselben Jahres 74 Millionen Kubikmeter und steigt weiter auf einer Durchschnittshöhe von 80 Millionen Kubikmeter.

Ergebnis sind die positiven Ergebnisse ziemlich gering; denn die Kohle konnte nicht ausgebaut werden. Am 1. März sind im Donetz-Becken über 180 Millionen Kubikmeter Kohle als vorrätig zurückgelassen. In diesem besteht im Moskauer Gebiet ein großer Mangel an Kohle.

Die umgekehrten Verhältnisse sind gegenwärtig in Rußland und in der Ukraine ein trauriges Bild. In diesen Tagen hat sich in der Ukraine ein Krach gebildet, der es sich zur Aufgabe gestellt hat, Kohle nach dem Ausland zu exportieren. Der Export kann wegen der Nähe des Schwarzen Meeres ziemlich gut organisiert werden. Während die Fabriken Zentralrußlands gut organisiert sind, wegen Mangel an Heizmaterial ihre Produktion einzuschränken, muß die Ukraine wegen einer künstlichen Überproduktion die Kohle ins Ausland ausführen. — Das Außenhandels-Kommissariat hat in großen Mengen Kohle ins Ausland bestellt. So sind schon seit langem im Hafen von Murmansk (Nordliches Ostsee) 10 000 Tonnen englischer Steinkohle eingetroffen. Diese Kohle lagert dort noch immer und kann nicht nach Petersburg weiter befördert werden, weil die Eisenbahnlinie Murmansk—Joanika völlig zerstört ist. Gleichzeitig wird aber aus Petersburg gemeldet, daß dort eine große Anzahl von Fabriken während der Sommermonate geschlossen wird, weil keine Heizmaterialien vorhanden sind. Zusammen ist dabei noch, daß die oben genannte Eisenbahnlinie zu der ersten Gruppe gehört.

Ohne einen geordneten Transport kann also an die Befreiung der Produktion der russischen Industrie sowie an die Befreiung der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse nicht gedacht werden. Alle ausländischen Kapitalisten, die in Rußland Geschäfte abzuwickeln beabsichtigen, oder in Rußland irgendwelche großen Pläne zu verwirklichen gedenken, müssen sich dessen bewußt sein, daß sich in nächster Zeit ihre Pläne nur an verkehrreichen Orten verwirklichen lassen. Alle anderen schönen Pläne werden eben nur schöne Pläne bleiben.

M. S.-B.

Staatsanwalt Rabel

Die Verteidiger der russischen Sozialrevolutionäre, deren Anwalt am 23. Mai in Moskau beginnt, reisen am Mittwoch früh von Berlin nach Moskau ab. Von der Zweiten Internationale befreit sich Genosse Bauer gerade unter den Verteidigern. Wie wir erfahren, ist Rabel mit der Funktion des Staatsanwalts beauftragt. Soll das etwa die Strafe der Moskauer Sozialrevolutionäre dafür sein, daß Rabel auf der Berliner Sozialistenkonferenz die Entlassung von Verteidigern und die Nichtverurteilung von Todesstrafe für die Angeklagten zugesagt hat?

Nach dem Berliner Volksanzeiger beurteilte das Oberste Gericht der Ukraine den linken Sozialrevolutionär Paschuk, der die Ermordung des deutschen Feldmarschalls v. Eichhorn in Kiew eingestanden hatte zum Tode.

Rätekongreß in Moskau

Der Rätekongreß ist unter dem Vorsitz Kalinins zu demnächstigen. Von den 225 Mitgliedern sind noch nicht alle anwesend. Die Vertagung des Agrargesetzes an einen Ausschuß wurde nach kurzer Beratung einstimmig genehmigt. Das Gesetz enthält im wesentlichen die Gedanken der Agrarreform Stalins. Es erkennt das unbedingte Eigentumsrecht für bewirtschaftende Arbeiter an.

Amerikas Zurückhaltung

Genau, 16. Mai. Der amerikanische Botschafter Child hat unter dem 16. Mai folgendes Schreiben an den italienischen Minister Schanzer gerichtet:

Ich habe die Ehre, Ihnen beizubringen eine Note meiner Regierung als Antwort auf Ihre Einladung zur Teilnahme an der Konferenz, die sich im Haag mit Rußland beschäftigen soll, mitzutreten:

Die amerikanische Regierung hat die Einladung zur Teilnahme an der im Haag am 13. Juni zusammenzutretenden Konferenz, die an sie von dem Präsidenten der Konferenz von Genoa ergangen ist, und zwar unter den Bedingungen, die in dem Kommando der einladenden Mächte aufeinander abgestimmt worden sind, einer sorgfältigen Prüfung unterzogen. Die amerikanische Regierung ist in dem höchsten Maße von dem Fortschreiten dieser, in jeder Hinsicht ausnahmslos in dem Studium der wirtschaftlichen Verhältnisse und Notwendigkeiten mitzuwirken, und möchte noch einmal der tiefempfundenen Freundschaft, die das Volk der Vereinigten Staaten für das russische Volk empfindet, und dem lebhaften Interesse Ausdruck geben, welches das amerikanische Volk an allen Maßnahmen hat, die auf die Wiederherstellung des wirtschaftlichen Lebens und die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Wohlfahrt gerichtet sind, auf die das russische Volk trotz seiner Fähigkeiten und persönlichen Hilfsquellen berechtigten Anspruch hat. Das amerikanische Volk hat bereits greifbare Beweise seines ernstlichen Interesses an der wirtschaftlichen Wiederaufbau Rußlands gegeben, und die amerikanische Regierung würde sich nur mit äußerster Zurückhaltung von jeder möglichen Gelegenheit, hilfreich zu sein, fernhalten.

Die amerikanische Regierung ist jedoch nicht in der Lage, zu dem Schluß zu kommen, daß sie in entsprechender Weise an der Haager Konferenz teilnehmen kann, da diese Konferenz offenbar eine Fortsetzung der Genoa-Konferenz unter anderem Namen

sein würde und da diese Konferenz der Natur der Dinge nach in gleicher Weise auf die gleichen Schwierigkeiten stoßen würde, falls sie in dem russischen Memorandum vom 11. Mai eingetragene Forderungen unberücksichtigt läßt. Die unaufrichtige und letzten Endes selbstverleumdende Frage ist offenbar die Wiederherstellung der Produktionsfähigkeit in Rußland. Die wirtschaftlichen Vorbedingungen müssen noch geschaffen werden und der Natur der Dinge nach

innerhalb Rußlands selbst geschaffen werden. Während die amerikanische Regierung freudig der Ansicht gewesen ist, daß diese Vorbedingungen durchaus klar zutage liegen, ist sie stets bereit gewesen, gemeinsam mit den gegenwärtig einladenden Mächten

eine Sachverständigen-Enquete zum Studium der wirtschaftlichen Lage in Rußland

und der notwendigen Mittel zu ihrer Besserung einzusetzen. Eine solche Enquete müßte sich in zweckdienlicher Weise mit dem Studium der wirtschaftlichen Vorbedingungen einer Wiederherstellung der Produktionsfähigkeit in Rußland beschäftigen, ohne die offensichtlich jede gesunde Basis für Kredite fehlen müßte. Es kann noch hinzugefügt werden, daß die amerikanische Regierung durchaus bereit ist, allen Vorschlägen, die von der Genoa-Konferenz oder einer späteren Konferenz ausgehen würden, ernsthafte Beachtung zu schenken, aber sie ist der Ansicht, daß die offenbar als Antwort auf das russische Memorandum vom 11. Mai erstigten gegenwärtig vorliegenden Anregungen angesichts des Fortschritts jener Note nicht die klare Bestimmtheit besitzen, die es der amerikanischen Regierung ermöglichen würden, ihre Zustimmung zu dem vorgeschlagenen Hilfsplan zu erteilen.

Unsere gestrige Mitteilung auf Grund Genauer Nachrichten, daß Amerika die Einladung nach dem Haag angenommen hat, war zum mindesten verfrüht. Das Schreiben Childs bedeutet zunächst eine Ablehnung Amerikas, in der gegenwärtigen Lage nach dem Haag zu kommen. Die ganze Note aber ist eher so gefaßt, daß sie weitere Verhandlungen wahrscheinlich macht. Die amerikanische Regierung erklärt sich ja grundsätzlich zu Sachverständigen-Vorberedungen bereit, nur wird sie ihre Teilnahme von bestimmten Bedingungen abhängig machen, die sich voraussichtlich sowohl gegen Frankreich wie auch gegen Rußland richten werden.

Einstein im Völkerbundschaß

Genf, 16. Mai. Der Völkerbund hat heute morgen die Mitglieder des neu gebildeten wissenschaftlichen Ausschusses zum Studium der internationalen geistigen Zusammenarbeit ernannt, darunter Professor Einstein in Berlin.

Die Teilung Oberschlesiens

Mit der am 15. Mai in Genf erfolgten Unterzeichnung des Vertrages zwischen Deutschland und Polen ist die rechtliche Teilung Oberschlesiens auf Grund des Genfer Spruchs vollzogen, und es bleibt nur noch der Vollzug der faktischen Teilung übrig, der in kürzlicher Zeit erfolgen wird. Die internationalen Behörden und Truppen werden sich zurückziehen und den deutschen und polnischen Behörden die ihnen zugewiesenen Teile übergeben. Ein schmerzliches Kapitel in der Geschichte Deutschlands findet damit seinen Abschluß.

Der Kampf um Oberschlesien ist vorwiegend mit wirtschaftlichen Gründen geführt worden. Da in den nächsten 15 Jahren die Bevölkerungszahl stabil bleiben und der Bedarf für die der ober-schlesischen Industrie notwendigen Rohstoffe und Produkte frei bleiben soll, wird sich die Teilung wirtschaftlich zunächst nicht allzu stark fühlbar machen. Dabei ist vorausgesetzt, daß die polnische Verwaltung instande sein wird, eine Störung der Wirtschaft zu verhindern, was sie allerdings aus den verschiedensten Gründen den guten Willen mitbringen dürfte. Einmal entspricht die Aufrechterhaltung der Wirtschaft in Oberschlesien dem staatlichen Interesse Polens, zum andern aber — und das ist vielleicht der wichtigere Gesichtspunkt — dürfte sich die polnische Staatsgewalt dem in Oberschlesien wirklich herrschenden Großkapital gegenüber kaum übermäßig stark erweisen. Deutsch oder polnisch, bleibt Oberschlesien doch tatsächlich der Herrschaftsbereich einiger mächtiger Kapitalmagnaten.

Mit Interesse wird man die wirtschaftlichen Wirkungen des jetzt geschaffenen Zustandes erwarten dürfen, nachdem die Mark in Polen zunächst gelegentlich Zahlungsmittel bleibt und durch Freibleiben des Verkehrs mit den wichtigsten Gütern die Volkswirtschaft wesentlich gelockert wird. Man hat im Zusammenhang mit diesem Zustand von einem neuen Loch im Osten gesprochen, das aber ganz anders wirken muß als das berühmte Loch im Westen, weil die volutarischen Druckverhältnisse gerade umgekehrt liegen. Deutschland ist gegenüber Polen, so wunderbar dies auch klingen mag, ein hochvolutarisches Land. Die Verlockung für Polen, nach Deutschland zu verlaufen, ist daher sehr groß, und Schaden könnte es uns schließlich nicht, wenn wir auf diese Weise wieder etwas mehr Lebensmittel von Osten her nach Deutschland bekommen würden.

Wenn der neue Zustand in Oberschlesien automatisch die Wirkung haben sollte, die bisherige wirtschaftliche Sperrpolitik gegenüber Polen zu brechen, so wäre das nur ein Gewinn. Diese Sperrpolitik ist seinerzeit aus rein politischen Gründen eingeleitet worden. Sie hat der deutschen, namentlich der schlesischen Industrie zugunsten der tschecho-slowakischen gehandelt, den deutsch-polnischen Handel von seinem

natürlichen Weg über Danzig abgelenkt. Auch im Zusammenhang mit dem deutsch-russischen Vertrag von Rapallo wird die volle Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen zur zwingenden Notwendigkeit. Polen ist das natürliche Vermittlungsgebiet zwischen Deutschland und Rußland. Denn es als solches richtig funktioniert, so kann das allen drei Seiten nur nützen.

Mit der vollzogenen Teilung Polens werden die Grenzen Deutschlands, von der einen offenen Seite, des Saargebiets, abgeben, die sich erst in 13 Jahren schließen wird, wieder fest. Solange nicht auf dem alten, von nationalen Kämpfen zermüllten Boden Europas eine ganz neue Welt entstanden ist, die ihre politischen Grenzen ohne blutigen Streit nach reinen Zweckmäßigkeitsgründen regelt, oder solange kein neuer Krieg entsteht, den wir wahrhaftig nicht wünschen können, wird sich Deutschland mit der schmerzlichen Loslösung der Gebietsverluste, die es im Weltkrieg erlitten hat, abfinden müssen. Eine Politik der Verredenta werden wir uns nicht leisten können.

Die Absicht des französischen Imperialismus beim Abschluß des Friedens von Versailles liegt klar zutage. Die Verkleinerung Deutschlands war dabei nicht die Hauptbedeutung; denn auch nach ihr bleibt Deutschland an Volkszahl Frankreich gewaltig überlegen. Der eigentliche Hauptzweck war, Deutschland durch diese neue Grenzgestaltung in ewige Sünden mit seinen Nachbarn zu verwickeln. Da jeder von ihnen, nur Holland und die Schweiz ausgenommen, ein kleineres oder größeres Stück deutschen Gebiets zugewiesen bekam, war als Wirkung zu erwarten, daß alle diese besetzten Staaten das neugewonnene Gebiet in eine Art von Verteilungszustand gegen Deutschland setzen würden; daß überall Reibungsflächen entstehen würden; daß sich alle Nachbarn Deutschlands zu einer Art von politischer Interessengemeinschaft zusammenschließen würden gegen Deutschland zum Schutze des Deutschland abgenommenen Gebiets. Auf diese Weise sollte die weltpolitische Konstellation, die während des Weltkrieges entstanden war, verewigt werden, für alle Zeit sollte es für Deutschland heißen: Feinde ringsum!

Hat man diese Absicht des französischen Imperialismus richtig erkannt, so muß die Folge davon sein, daß man sich vornimmt, nicht in diese Falle zu fallen. Auch Polen gegenüber kommt Deutschland keine andere Politik treiben, als eine gut nachvollziehbare, die darauf ausgeht, wirtschaftliche Beziehungen enger zu gestalten und den nationalpolitischen Druck auf beiden Seiten einzulassen zu lassen. Eine andere, nur von Gefühlen, nicht aber von Klugheit und nüchternen Wahrnehmung deutscher Volksinteressen diktierte Politik könnte uns nur schaden.